## Mediendienst

Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt

Bundesvorstand - Pressestelle Olof-Palme-Str. 19 60439 Frankfurt am Main

Verantwortlich Ruprecht Hammerschmidt

Telefon 069-95 737 135 Fax 069-95 737 138

presse@igbau.de www.igbau.de

17.01.2018 – PM 01/2018 Internationale Grüne Woche

## IG BAU: Politik muss Rechte der Land- und Forstarbeiter im Blick behalten

Berlin – Zum Start der Internationalen Grünen Woche in Berlin ruft die Agrargewerkschaft IG BAU die Politik dazu auf, die Beschäftigten in der Landund Forstwirtschaft nicht aus dem Blick zu verlieren. "Die Themen Umweltschutz und Tierwohl sind regelmäßige Begleiter der Grünen Woche. Selbstverständlich wird zu Recht über Forderungen in diesen Bereichen gesprochen. Vergessen werden darüber aber zu oft die Bedürfnisse der Land- und Forstarbeiterinnen und -arbeiter. Von einer zunehmend industrialisierten und digitalisierten Land- und Forstwirtschaft sind die Menschen stark betroffen", sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger. "Sie brauchen gute Arbeitsbedingungen. Ihre Gesundheit und ihr Leben darf nicht zugunsten von Profitinteressen aufs Spiel gesetzt werden, wie es etwa durch den ausufernden Einsatz von Antibiotika in Ställen. Resistente Keime sind die Folge und die gefährden am Ende nicht allein die Gesundheit der Beschäftigten."

Partnerland der Grünen Woche ist in diesem Jahr Bulgarien. "Aus diesem Land kommen besonders viele Erntehelfer nach Deutschland. Sie arbeiten wie ihre Kolleginnen und Kollegen aus anderen EU-Staaten häufig unter prekären Bedingungen, weil sie ihre Rechte nicht kennen", sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum am Rande der IG BAU-Bundesforstkonferenz. "Die IG BAU verteilt deshalb Info-Broschüren in sechs Sprachen. Auch eine App zur digitalen Selbsthilfe für Wanderarbeiter steht in den Startlöchern. Es muss sichergestellt sein, dass Arbeits-, Ruheund Pausenzeiten eingehalten werden oder im Sommer genug Getränke und Sonnenschutz bereit stehen. Doch die Kontrolle der Regelungen obliegt dem Staat und dieser muss seinen hoheitlichen Aufgaben nachkommen können. Dies sicherzustellen, liegt in der Verantwortung der Politik."

